

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 14

08.05.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **3**

SPD-FRAKTION BEGRÜßT URTEIL ZUR RICHTER-BESOLDUNG **3**

CDU-POLITIKER SCHADEN RHEINLAND-PFÄLZISCHEN GRENZREGIONEN **3**

FRAKTION TAGT AUF DER LANDESGARTENSCHAU **4**

NEUE ERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG IN HERMESKEIL **4**

EINE REGION SAGT „JA“ ZUM NEUEN NATIONALPARK **5**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind alle bestürzt über den Brandanschlag in der geplanten Flüchtlingsunterkunft in Limburgerhof. Noch kennen wir nicht die genauen Hintergründe. Jetzt gilt es, die Polizei ihre Arbeit machen zu lassen, damit diese perfide Tat so schnell wie möglich lückenlos aufgeklärt werden kann.

Für uns von der SPD-Fraktion steht fest: Rheinland-Pfalz ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Flüchtlinge sind bei uns herzlich willkommen. Solche feigen Aktionen vor unserer Haustür werden wir nicht dulden.

Vor Ort habe ich mich gemeinsam mit unseren Fraktionsmitgliedern und örtlichen Abgeordneten **Martin Haller** und **Bernhard Kukatzki** über die Ermittlungsarbeiten informiert und allen Einsatzkräften für ihr Engagement gedankt.

Es ist gut, dass **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** vor Ort war und diesen feigen Anschlag auf unser gemeinsames Miteinander aufs Schärfste verurteilt hat.

Nicht jedem ist es gegeben in Anbetracht einer solchen Tat den richtigen Ton zu treffen. So hat sich der Chefredakteur der Allgemeinen Zeitung, Friedrich Roeingh, in einem Kommentar über Christian Baldauf (CDU) wie folgt geäußert: „*Gut also, dass die rheinland-pfälzischen Landespolitiker vorsorglich Farbe bekannt haben. Noch wichtiger, dass immer wieder die Bürger selbst gegen jede menschenverachtende Ausgrenzung von Flüchtlingen Zeichen setzen. Und ganz schlecht, wenn der CDU-Politiker Christian Baldauf zu Protokoll gibt, er stehe ,ohne Wenn und Aber dazu, dass Flüchtlinge, die tatsächlich verfolgt werden, bei uns auch Zuflucht haben müssen.’ Was für eine faule Wahlkampfdelektik zu einer so unpassenden Stunde.“*

Lasst uns alle miteinander dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz ein Ort des guten Zusammenlebens und der Nächstenliebe bleibt.



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

SPD-Fraktion begrüßt Urteil zur Richter-Besoldung

Die SPD-Fraktion begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur rheinland-pfälzischen Besoldung der Richter. Es ist gut, dass das Gericht die Rechtsauffassung der rot-grünen Koalition bestätigt hat. Die CDU-Fraktion hatte gehofft, das Gericht würde die gesetzliche Deckelung der Besoldung 2011 bis 2016 auf ein Prozent und die daraus sich ergebenden Anpassungen als verfassungswidrig verwerfen. „*Mit der bislang geltenden Begrenzung der Besoldungs- und Versorgungszahlungen auf ein Prozent sind wichtige Beiträge zur Konsolidierung des Landeshaushalts durch die Beamtinnen und Beamten erbracht worden*“, sagte unser finanzpolitischer Sprecher **Dr. Denis Alt**.

Wie es **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellt hatte wird die Koalition nun ihre Planungen zur Revidierung der Deckelung umsetzen. Die Landesregierung hat dazu ihren Gesetzentwurf beraten. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Die wirtschaftliche Situation und die Einnahmesituation des Landes erlauben dies. Das alles zeigt: Die rot-grüne Besoldungspolitik ist verlässlich und reagiert auf veränderte Verhältnisse. Grundlage dafür sind nicht zuletzt die erreichten Konsolidierungserfolge.

CDU-Politiker schaden rheinland-pfälzischen Grenzregionen

Der Bundesrat hat heute über die geplante PKW-Maut abgestimmt und das vom Bundestag bereits verabschiedete Gesetz gebilligt. Dazu erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: *"Im Sinne vieler Grenzregionen und damit von Rheinland-Pfalz ist es, wenn in Nachbarschaft zu anderen Staaten ein Maut-freier Korridor eingerichtet wird. Leider haben CDU und CSU sich in den vergangenen Monaten sehr starrköpfig verhalten und sind auf Sachargumente nicht eingelassen. Die Politiker der Union, darunter die rheinland-pfälzische Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner, haben damit zum Schaden des Landes und vor allem der Grenzregionen gehandelt. Die SPD fordert, einen 30 Kilometer breiten Korridor entlang der Staatengrenze einzurichten. Dies wird auch von Unternehmen, Kammern und Kommunen gefordert."*

Es besteht nun die Gefahr, dass in den Grenzregionen der Pendlerverkehr zurückgeht und

Besucherzahlen abebben. Auch der Wirtschaftsaustausch könnte gehemmt werden. Die geplante Gebühr für Bundesautobahnen und zum Teil für Bundesstraßen kann zu Ausweichverkehren durch Maut-Vermeider führen: Die Auto-Fahrerinnen und Auto-Fahrer können auf Landes- und Kommunalstraßen für verstopfte Routen sorgen. Eine weitere Gefahr besteht: Derzeit verzichten europäische Nachbarn wie Frankreich in Grenzregionen zum Teil auf die Erhebung einer PKW-Maut. Es ist nun nicht unwahrscheinlich, dass Nachbarländer in einer Reaktion auf die deutsche Maut die bisher geltenden Ausnahmen für ihre Grenzgebiete ändern. Damit würde die deutsche PKW-Maut Mehrbelastungen für deutsche Fahrzeughalter nach sich ziehen.

Schweitzer dankte den SPD-Politikern, die in den vergangenen Tagen wichtige Korrekturen am Maut-Gesetz durchgesetzt hatten. Dazu gehörten Änderungen bei den Zeitvignetten, eine Verbesserung des Datenschutzes durch Verkürzung der Speicherfristen sowie die gesetzliche Festschreibung eines Bürokratie- und Einnahmechecks zwei Jahre nach der Einführung der Maut.

Fraktion tagt auf der Landesgartenschau

Die SPD-Landtagsfraktion hat diese Woche die Landesgartenschau in Landau besucht. Sie kam zunächst zu einer internen ordentlichen Fraktionssitzung im Foyer am Wassergarten zusammen. Anschließend wurden die Abgeordneten über das weitläufige Gelände geführt und machten sich vor Ort ein Bild. **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** sagte: *„Bereits nach zweieinhalb Wochen steht fest: Mit ihrem umfassenden Konzept, der vielfältigen Blumenpracht und den vielen Angeboten für Familien wird die Landesgartenschau ein Erfolg. In den kommenden Tagen werden bereits 100.000 Menschen die Landesgartenschau besucht haben. Ich bin mir sicher, dass der Besucherandrang bis zum Herbst nicht nachlassen wird.“*

Neue Erstaufnahmeeinrichtung in Hermeskeil

Anlässlich der Entscheidung des Stadtrats von Hermeskeil (Kreis Trier-Saarburg) für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Hermeskeil erklärt unsere integrationspolitische Sprecherin **Ingeborg Sahler-Fesel**: *„Die Entscheidung des Stadtrats von Hermeskeil für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Hochwaldkaserne in Hermeskeil ist ein wichtiger Etappenerfolg. Der Einrichtung einer dritten Erstaufnahmeeinrichtung steht nun nichts mehr im Weg. Die zusätzlichen 750 Plätze für Asylsuchende werden die bisherigen Erstaufnahmeeinrichtungen in Trier und Ingelheim ab Herbst 2015 merklich entlasten.“*

Die Entscheidung kommt für die SPD-Fraktion genau zum richtigen Zeitpunkt: Die neuesten Zahlen zeigen, dass wir in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr mit circa 20.000 Flüchtlingen rechnen müssen. Die Entscheidung für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung ist deshalb auch ein deutliches Bekenntnis zur gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für eine humane Flüchtlingspolitik und Ausdruck der rheinland-pfälzischen Willkommenskultur. Gemeinsam mit den Kommunen unternimmt das Land große Anstrengungen, um weitere Erstaufnahmeeinrichtungen zu organisieren. So soll eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung in Kusel Platz finden.

Eine Region sagt „Ja“ zum neuen Nationalpark

Anlässlich der Vorstellung des Programms zur Eröffnung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald erklärt unser örtlicher Abgeordneter **Hans Jürgen Noss**: *„Nachdem die rot-grüne Koalition einen in Deutschland einmaligen Bürgerdialog angestoßen hatte, hat sich die Region Hunsrück für die Errichtung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald ausgesprochen. Es gab ein klares „Ja“ der Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist es gelungen, die Gebietskulisse des Nationalparks grenzüberschreitend mit dem Saarland festzulegen.“*

Die SPD-Fraktion freut sich über die breite Zustimmung und das große Engagement vieler Ortsansässiger. Dies zeigt sich jetzt auch beim umfassenden Programm am Pfingstweekende zur Eröffnung des Nationalparks: Es gibt Informationsveranstaltungen, künstlerische Aufführungen, Ranger-Touren und viele kulinarische Angebote aus der Region.

Von dem geschaffenen Nationalpark wird nicht nur die einzigartige Flora und Fauna im Hunsrück profitieren. Auch Bevölkerung und Wirtschaft werden Nutznießer sein. Der neue Nationalpark wird Motor für Infrastruktur, Wirtschaft, Tourismus und Kultur in der strukturschwachen Region. Mit der Eröffnung des Nationalparks ist die Arbeit aus Sicht der SPD-Fraktion aber natürlich nicht beendet. Wichtige anstehende Aufgaben sind der Aufbau der Nationalparkverwaltung, die Verkehrsanbindung, der Ausbau von Gastronomie und Übernachtungsmöglichkeiten. Bereits jetzt gilt der besondere Dank der Fraktion den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die wesentlich zur Errichtung des Nationalparks beigetragen haben.